

Betreff:
Grünanlage St. Vinzenz Krankenhaus

Organisationseinheit:
Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:
06.04.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Beantwortung)	26.04.2017	Ö

Sachverhalt:

Zu den Fragen des Stadtbezirksrates 120 vom 15.02.2017 (Dr. Nr. 17-03904), die sich auf die Weiternutzung des auf dem Krankenhausbaufläche befindlichen kleinen Parks beziehen, wird wie folgt Stellung genommen:

1. Gibt es eine Möglichkeit als Zwischennutzung (oder auch langfristig) den Park für die Öffentlichkeit zu nutzen?

Das Grundstück des Vinzenz-Krankenhauses befindet sich in Privatbesitz. Welche Nachnutzungen vom Eigentümer geplant sind, ist der Stadt nicht bekannt.

Sollte das Krankenhaus-Areal wieder für gesundheitliche Zwecke genutzt werden, wäre die Zuordnung einer privaten Grünfläche wünschenswert.

Eine zwischenzeitliche Öffnung der Grünanlage für die Öffentlichkeit stünde jedoch erst zur Diskussion, sollte das Grundstück einer gänzlich anderen Nutzung zugeführt werden.

2. Welche Kosten würden für die Stadt entstehen bzw. wäre der Eigentümer grundsätzlich dazu bereit?

Inwieweit der Eigentümer einer zwischenzeitlichen Öffnung des Geländes für die Öffentlichkeit zustimmen würde, ist nicht bekannt. In jedem Fall dürften der Stadt in dem Zusammenhang keine Kosten entstehen, da eine Nutzung dieser Grünfläche für die Öffentlichkeit weder dem rechtskräftigen Bebauungsplan „Wallring- Ost“, IN 235 entspricht noch in diesem Bereich ein Defizit an öffentlichen Grünflächen besteht.

Im rechtskräftigen Bebauungsplan ist im Bereich des kleinen Parks für ursprünglich angedachte Krankenhauserweiterungen eine überbaubare Fläche festgesetzt, die unter Beachtung des vorhandenen Großgrünbestandes eine Bebauung mit zwei bis drei Vollgeschossen in offener Bauweise zulässt.

3. Ein langfristig planerisches Ziel war, mehr Zugänge zum Wasser zu gestalten. Sieht die Stadt hier am St. Vinzenz die Möglichkeit einen Zugang zur Oker langfristig zu realisieren?

Die Schaffung einer öffentlichen Grünfläche auf dem Grundstück bzw. auf einer

Teilfläche des Grundstücks ist in dem, im Jahre 2010 beschlossenen Gesamtkonzept für den Wallring, nicht vorgesehen. Direkt gegenüber liegt der Museumspark, in dessen Verlauf genügend Möglichkeiten bestehen, diesen Abschnitt des Okerumflutgrabens öffentlich zu erleben. Ein Fehlbedarf an öffentlichen Grünflächen ist in diesem Wallring-Abschnitt nicht vorhanden, so dass die Schaffung zusätzlicher öffentlicher Grünflächen in diesem Bereich nicht zwingend notwendig ist.

Leuer

Anlagen
Keine

Betreff:

Parkraum Korfesstraße

Organisationseinheit:

Dezernat III
60 Fachbereich Bauordnung und Brandschutz

Datum:

13.04.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Kenntnis)

Sitzungstermin

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Stellungnahme vom 01.03.2017 (17-03914-01) zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.02.2017 ergänze und korrigiere ich wie folgt:

Nach den Bauantragsunterlagen werden 101 Stellplätze zur Verfügung stehen (siehe Anlage). Diese Anzahl ergibt sich aus 37 Einstellplätzen (EP) für den Bestand (Bauteil I + II) und 64 (nicht 75) neu zu errichtenden EP. Darunter sind fünf Car-Sharing-Plätze, die maximal im Verhältnis 1:6 angerechnet werden können.

Baurechtlich erforderlich war ein Nachweis über 118 EP (24 EP Bauteil I und 94 EP Bauteil II). Diesem Erfordernis ist unter Berücksichtigung der Car-Sharing-Plätze Genüge getan worden. Die Baugenehmigung war auf dieser Grundlage zu erteilen.

Am 16.03.2017 wurde ein Ortstermin durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass von den drei im südlichen Grundstücksbereich festgesetzten Bäumen zwei erhalten sind. Ein dritter, nicht festgesetzter „alter“ Baum wurde ebenfalls erhalten. Der dritte festgesetzte Baum in der Nähe der Korfesstraße muss bereits vor langer Zeit gefällt worden sein. Dies ist an der vorhandenen Baumscheibe deutlich ablesbar. Diese Problematik ist im Genehmigungsverfahren abgestimmt worden. Ein Fällantrag für festgesetzte Bäume wurde folglich nicht gestellt. Vielmehr wurden die noch vorhandenen Bäume im Stellplatzkonzept berücksichtigt. Ein Fehlverhalten des Bauherrn konnte somit nicht festgestellt werden.

I. A.

Warnecke

Anlage/n:

Lageplan



TOP 4.2.2

Karl-Marx-Straße

Kastanienallee

Korffestraße

Scharnhorststraße

Schlegelstraße

Fontanestraße

Hartgerstraße

Bauteil I

Bauteil II

1:3 297 x 420

Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Grüne im
Stadtbezirksrat 120**

TOP 5.1

17-04288
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Freies W-LAN im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet
(Entscheidung)

26.04.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob und inwieweit zeitnah an allen öffentlichen Plätzen und Gebäuden kostenloses W-LAN im Stadtbezirk 120 zur Verfügung gestellt werden kann – unter Nutzung vorhandener Infrastruktur.

Sachverhalt:

Die Zur-Verfügung-Stellung freien W-LANS gehört in die zukünftige Entwicklung eines modernen Stadtteils. Es geht hier nicht nur um Standortvorteile, sondern auch um die Attraktivität und Lebensqualität des Bezirks – für alle Bewohner*innen. Gerade und im Besonderen für Schüler*innen der zahlreichen Bildungseinrichtungen im Bezirk. Darüber hinaus auch für soziale Einrichtungen und öffentliche Plätze. Dieser Antrag entspricht einem großen Wunsch vieler, nicht nur jüngerer, Mitbürger*innen. Die Zur-Verfügung-Stellung freien W-LANS gehört grundsätzlich in die zukünftige Entwicklung eines modernen Stadtteils.

Wolfram Pehlke
Fraktion B90/Grüne

Anlage/n:

keine

Betreff:

Bushaltestellen "Prinz-Albrecht-Park" der Ebertallee und Herzogin-Elisabeth-Straße

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

06.04.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)
Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

26.04.2017
03.05.2017

Status

Ö
Ö

Beschluss:

„Die vier Bushaltestellen „Prinz-Albrecht-Park“ an der Ebertallee und an der Herzogin-Elisabeth-Straße werden ausgebaut.“

Sachverhalt:

Begründung der Vorlage

Die Beschlusskompetenz des Planungs- und Umweltausschusses ergibt sich aus § 76 Abs. 3 S. 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 4 lit. a der Hauptsatzung. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Erneuerung von Bushaltestellen um einen Beschluss über Planungen von Straßenbaumaßnahmen, für die der Planungs- und Umweltausschuss beschlusszuständig ist.

Anlass

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 28. April 1998 den Beschluss gefasst, Bushaltestellen im Stadtgebiet niederflurgerecht auszubauen. Bushaltestellen der Linien 413, 416 und 418 (damals 13, 16 und 18) sollten bevorzugt umgestaltet werden. Zusätzlich sollte die Nutzungsintensität der Bushaltestellen durch Fahrgäste berücksichtigt werden.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses legt die Verwaltung regelmäßig Beschlussvorlagen für den Ausbau einzelner Haltestellen vor. Für 2018 sind der Bau der Bushaltestellen „Prinz-Albrecht-Park“ und die bereits beschlossene Haltestelle „Michelfelder Platz“ stadteinwärts vorgesehen.

Die Bushaltestellen „Prinz-Albrecht-Park“ liegen im östlichen Ringgebiet an der Ebertallee und an der Herzogin-Elisabeth-Straße. Diese Haltestellen werden von den Linien 413, 418 und 422 angefahren. Mit rund 424 Ein- und Aussteigern pro Tag gemäß Zählungen von 2015 werden die vier Haltepunkte rege genutzt. Die Bushaltestellen entsprechen nicht heutigen Standards und sind in einem baulich schlechten Zustand. Sie sind nicht barrierefrei.

Maßnahme

Die Bushaltestellen werden mit Kasseler Borden mit 18 cm Höhe sowie mit taktilen Leitstreifen und Aufmerksamkeitsfeldern versehen.

Die vorhandenen drei Warteflächen werden auf 3 m Breite erweitert und mit taktilen Elementen ausgestaltet. Am südwestlichen Haltepunkt wird eine 2 m breite Wartefläche neu hergestellt. Die vorhandenen drei Wetterschutzhallen werden durch vier neue Wartehallen ersetzt bzw. ergänzt. Der vorhandene Radweg wird im Bereich der Haltestellen auf der Ebertallee entsprechend den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) auf 2,00 m verbreitert. Die Gehwegbreiten werden 2,50 m bis 3,00 m betragen.

Im Zuge der Ebertallee werden die zwei Haltestellen aufgrund der Nähe zu der lichtsignalgesteuerten Kreuzung Ebertallee/Herzogin-Elisabeth-Straße so angelegt, dass Fahrzeuge am haltenden Bus vorbeifahren können. So werden Rückstaus auf der durchgehenden Fahrspur verhindert. Die beiden Haltestellen an der Herzogin-Elisabeth-Straße werden wegen des wesentlich geringeren Verkehrs als klassische Fahrbahnrandhaltestellen hergestellt.

Finanzierung

Die Baukosten insgesamt werden auf rund 375.000 € geschätzt. Für die Umsetzung der Maßnahme ist kein Grunderwerb notwendig.

Die Maßnahme wird aus dem Projekt „Bushaltestellen/Umgestaltung“ (5S.66.0067) finanziert, in dem jährlich 400.000 € bereitgestellt sind.

Das Land Niedersachsen fördert die Grunderneuerung von Verkehrsanlagen des straßengebundenen ÖPNV. Aus diesem Programm können Zuwendungen mit einer Förderhöhe von bis zu 75 % abgerufen werden. Es ist geplant, die Sanierung der Haltestelle für das Förderprogramm 2018 anzumelden. Der Antrag muss bis Ende Mai 2017 beim Land Niedersachsen eingereicht sein. Der abzüglich der Zuwendung des Landes Niedersachsen verbleibende Eigenanteil wird von der Stadt Braunschweig getragen.

Weiterhin versucht die Verwaltung, Fördermittel beim Regionalverband Großraum Braunschweig aus einer neuen Fördermöglichkeit einzuwerben.

Leuer

Anlage/n:
Lageplan



Index:	Datum:	Name:	Art der Änderung:
Stadt  Braunschweig		Prinz-Albrecht-Park	
Fachbereich Tiefbau und Verkehr			
Abt. Straßenplanung und -neubau		LP500	
Bohlweg 30		29.03.2017	
38100 Braunschweig		scholz4	
Herzogin-Elisabeth-Str./Ebertallee		Maßstab:	
		1 : 500	
Haltestellen Prinz-Albrecht-Park		Blatt Nr.:	
Planart:	Ausbauplan		
	Datum:	Name:	Braunschweig, den24.03.2017 geprüft: i.A. Dipl.-Ing. Ruske
bearbeitet	22.3.2017	Ruske	
gezeichnet	22.3.2017	Scholz	
mitgez.:			Kartengrundlagen: Stadtgrundkarte ¹⁾ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte ²⁾ ¹⁾ © 2017 Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation ²⁾ © 2017  LGLN

Betreff:

**Verwendung von bezirklichen Mitteln 2017 im Stadtbezirk 120 -
Östliches Ringgebiet**

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

11.04.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet
(Entscheidung)

Sitzungstermin

26.04.2017

Status

Ö

Beschluss:

Die im Jahr 2017 veranschlagten Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet – werden wie folgt verwendet:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Einrichtungsgegenstände bezirkliche Schulen | 700,00 € |
| 2. Unterhaltung unbeweglichen Vermögens | 12.500,00 € |
| 3. Grünanlagenunterhaltung | 600,00 € |

Der Vorschlag für die jeweilige Verwendung ergibt sich aus dem Begründungstext.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung und des Inkrafttretens des städtischen Haushalts 2017.

Sachverhalt:

Für die Verwendung der bezirklichen Mittel im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet unterbreitet die Verwaltung dem Stadtbezirksrat folgende Vorschläge:

Zu 1 Einrichtungsgegenstände bezirkliche Schulen:

Grundschule Comeniusstraße

Zuschuss Brandschutzvitrine 350,00 €

Grundschule Heinrichstraße

Zuschuss Schreibtisch + Bürodrehstuhl 350,00 €

**Zu 2 Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens/
Straßeninstandhaltungsmaßnahmen:**

Schlegelstraße

Gehweg Nordseite, vor den Häusern 2 – 3,
Betonplatten erneuern einschl.
Schottertragschicht herstellen,
ca. 70 m²
beitragspflichtig

5.000 €

Herzogin-Elisabeth-Straße	überbezirkliche Straße Gehweg Westseite, zwischen den Häusern Nr. 3 – 17, Betonplatten regulieren in einzelnen Flächen, ca. 100 m ² nicht beitragspflichtig	6.000 €
Fontanestraße	Gehweg Ostseite, zwischen den Häusern 9 – 11, Betonplatten erneuern einschl. Schottertragschicht herstellen, ca. 120 m ² beitragspflichtig	8.750 €
Hänselmannstraße	Gehweg Nord- und Südseite, im Bereich Haus-Nr. 6 und 7, Betonplatten erneuern einschl. Schottertragschicht herstellen, ca. 80 m ² beitragspflichtig	6.500 €
Wilhelm-Raabe-Straße	Gehweg Westseite, zwischen Haus-Nr. 8 und 10, Betonplatten erneuern einschl. Schottertragschicht herstellen, ca. 150 m ² beitragspflichtig	12.000 €
Scharnhorststraße	Gehweg Nordseite, im Bereich Haus-Nr. 2 und 3, Betonplatten erneuern einschl. Schottertragschicht herstellen, ca. 60 m ² beitragspflichtig	4.750 €

Die Fachverwaltung verbindet mit der vorgenannten Auflistung keine Prioritätensetzung. Mehrere Maßnahmen könnten z. B. kumuliert werden.

Zu 3 Grünanlagenunterhaltung:

Anlage einer Blumenzwiebeln-Bepflanzung unter den Bäumen im Bereich um die Paulikirche	600,00 €
--	----------

Der Stadtbezirksrat Östliches Ringgebiet hat im laufenden Haushaltsjahr von dem Recht Gebrauch gemacht, die Haushaltsmittel als Budget zugewiesen zu bekommen (siehe § 16 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig). Verschiebungen zwischen den einzelnen Teilbudgets sind somit möglich.

Ruppert

Anlage/n:

keine

<i>Betreff:</i>
Inklusive Umgestaltung des Spielplatzes "An der Matthäuskirche"

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 67 Fachbereich Stadtgrün und Sport	<i>Datum:</i> 21.04.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Entscheidung)	26.04.2017	Ö

Beschluss:

„Der inklusiven Teilumgestaltung des Spielplatzes ‚An der Matthäuskirche‘ (bezirkliche Einrichtung) wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Hintergründe und Voraussetzungen für die Umsetzung des Projektes

Seit 2006 die UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen wurde und sie 2009 in Deutschland in Kraft trat, wird sie schrittweise in kommunales Recht überführt. Barrierefreie Stadtgestaltung und inklusive Bildung sind dabei die Hauptthemen. Inklusion bedeutet „Einschluss“ und meint, dass alle diejenigen, die am Rand stehen, gleichberechtigt am Leben teilhaben können. Auch die Stadt Braunschweig, hier der Fachbereich Stadtgrün und Sport, wird zunehmend aufgefordert, die Forderungen nach Teilhabe umzusetzen.

Aus dem vom Land Niedersachsen neu aufgelegten Programm zur Förderung von Inklusionsprojekten auf kommunaler Ebene erhält die Stadt Braunschweig für zwei städtische Vorhaben jeweils die Höchstförderung in Höhe von 50.000 €, also insgesamt 100.000 €. Es handelt sich um Projekte des Fachbereichs Stadtgrün und Sport, für die im Herbst 2016 erfolgreich Förderanträge beim Land gestellt wurden.

Eines davon ist die inklusive Umgestaltung des Spielplatzes „An der Matthäuskirche“:

Derzeitiger Bestand

Der Spielplatz „An der Matthäuskirche“ - gelegen an der Herzogin-Elisabeth-Straße - ist mit einer Gesamtgröße von rund 5 800 m² ein großzügig angelegtes Areal für Spiel und Bewegung. Er ist mit seiner Lage im Östlichen Ringgebiet Braunschweigs verkehrsgünstig angebunden und hat eine direkte Verbindung zum Prinz-Albrecht-Park als öffentlicher, häufig frequentierter Park- und Freizeitanlage.

Teilbereiche des Spielplatzes haben bereits in der jüngsten Vergangenheit einige barrierefreie, integrative, also inklusive Spieleinrichtungen erhalten. Es wurden z. B. eine Nestschaukel und besonders ausgestattete Schaukelsitze mit barrierefreier Zugänglichkeit (Fallschutzplatten) im östlichen Spielplatzbereich eingebaut. Im nördlichsten Bereich wurden eine barrierefreie Seilbahn sowie ein Hangnetzelement aufgestellt.

Aufgrund der Spielplatzgröße können die geplanten Sanierungen mit inklusivem Schwerpunkt nur in Teilabschnitten durchgeführt werden.

Umsetzung des planerischen Konzeptes zur inklusiven Umgestaltung des Spielplatzes „An der Matthäuskirche“

Es ist vorgesehen, in einem 1. Bauabschnitt den südlichen Spielplatzbereich mit rund 1 800 m² zu sanieren und inklusiv neu zu gestalten. Eine abgängige große Spieleinrichtung soll entfernt und die vorhandenen abgängigen Fallschutzbereiche mit ihren Einfassungen aus hochkant eingebauten Holzschwellen abgebaut werden. Die sich derzeit im schlechten Zustand befindlichen Wege- und Platzflächen im Zugangsbereich zum neuen Spielplatzbereich werden barrierefrei neu hergerichtet.

Geplant ist ein Seilnetzparcours bestehend aus verschiedenen Raumnetzstrukturen: einer Raumzelle als Kapsel mit Boden und Deckel aus Sechseckmembranen, einem Seilwedel, einem Hochseil, einer Schachbrettbrücke, einer Seilwippe, einer Hängematte und verschiedenen Flächen- und Einstiegsnetzen. Dabei soll die sehr gut erhaltene und sehr gern bespielte breite Edelstahlrutsche des ansonsten abgängigen Spielgerätes in das neue Spielgerät integriert und damit nachhaltig weiter genutzt werden. Es wird besonders auf eine Vielzahl verschiedenartiger Aufstiege geachtet. Jedes Kind soll die Möglichkeit erhalten, die Geräte zu nutzen, aber nicht jedes Kind muss jede Stelle erreichen. Das Spielgerät ist so konzipiert, dass es Kinder mit unterschiedlichen motorischen Fähigkeiten zur Bewegung anregt und als Herausforderung wahrgenommen wird, immer wieder Neues zu erlernen und seine eigenen motorischen und koordinativen Fähigkeiten auszuprobieren und zu erweitern. Balancier- und Hangelstrecken ergänzen die Kletterangebote.

Das neue Spielgerät bietet unterschiedliche Schwierigkeitsstufen an. Jüngere Kinder können dort ihre motorischen Fähigkeiten in engmaschigeren Abschnitten einer Spieleinheit erproben. Größere Kinder oder junge Erwachsene, welche noch gern klettern, (z. B. mit einer geistigen Behinderung), können sich in Abschnitten mit größeren Abständen zwischen den Seilen bewegen. Eine Hängematte im Spielbereich ermöglicht es auch Menschen mit einer gravierenden körperlichen Beeinträchtigung, am Geschehen teilzunehmen. Die Bewegungen der kletternden Kinder werden zu einer Liegefläche (Gummimembran) im Raumnetz übertragen und das Gefühl der Zugehörigkeit kann übermittelt werden. Ein weiterer Vorteil der Raumnetzgeräte liegt in der motorischen Herausforderung, die an z. B. hyperaktive Kinder weitergegeben wird. Gehörlose Kinder haben die Möglichkeit, über die verschiedenen Ebenen hinweg Blickkontakt zu anderen Kindern oder Bezugspersonen außerhalb des Gerätes aufrecht zu erhalten. Durch die Transparenz des Seilspielgerätes können sie statt der Lautsprache die Gebärdensprache nutzen, um sich bemerkbar zu machen. Ein integrierter Niedrigseilgarten kann für sehbehinderte Kinder ein neues Spielerlebnis bedeuten, indem sie ohne Angst nah am Boden oder in einem durch Netzmaschen gesicherten Raum klettern, sich ausprobieren können und größere Herausforderungen meistern. Mit der Benutzung des Spielgerätes sollen Kinder das Risiko ihres Spielens abschätzen lernen mit dem Ziel, selbstständig zurechtzukommen und sich auch gegenseitig zu helfen.

Um möglicherweise auch gehbehinderte Kinder zu animieren, ihren Rollstuhl sofern möglich zu verlassen, ist zusätzlich ein einfach zu bespielendes Drehspielgerät mit niedriger Einstiegshöhe und die Sitzfläche umspannenden Netzmaschen vorgesehen.

Der Fallschutzbereich wird bündig zum angrenzenden Wegebelag mit hochwertigem und nachhaltigem Spielplatzbelag (aus „Oecocolor“) ausgestattet. Der Belag ist aufgrund seiner Beschaffenheit (trockenes, sauberes und unbehandeltes Holzschnitzelmaterial mit Zertifikat) und Struktur mit Rollstuhl und Rollator gut befahrbar und ermöglicht damit die allseitige Erreichbarkeit des Seilzirkus auch für gebehinderte Menschen.

Ermittelte Kosten zur Herstellung der beschriebenen Maßnahme:

Rückbau abgängiger Spielgeräte und nicht barrierefreier Einfassungen rund	brutto	8.300,00€
Lieferung und Einbau von inklusiven Spielgeräten rund	brutto	58.700,00€
Herstellung barrierefreier/befahrbarer Fallschutzflächen rund	brutto	15.000,00€
Barrierefreier Ausbau von Wegen rund	brutto	20.000,00€
Planungskosten nach HOAI (Landschaftsarchitekt)	brutto	23.000,00€

<u>Herstellungskosten gesamt</u>	brutto	125.000,00€
---	---------------	--------------------

Im Teilhaushalt 2017 des Fachbereiches Stadtgrün und Sport stehen Haushaltsmittel in Höhe von 125.000 €, von denen 50.000 € durch den Zuschuss des Landes Niedersachsen gegenfinanziert sind, zur Verfügung. Mit der baulichen Umsetzung des Projektes soll Mitte Juni begonnen werden. Die Fertigstellung ist für Mitte September 2017 geplant.

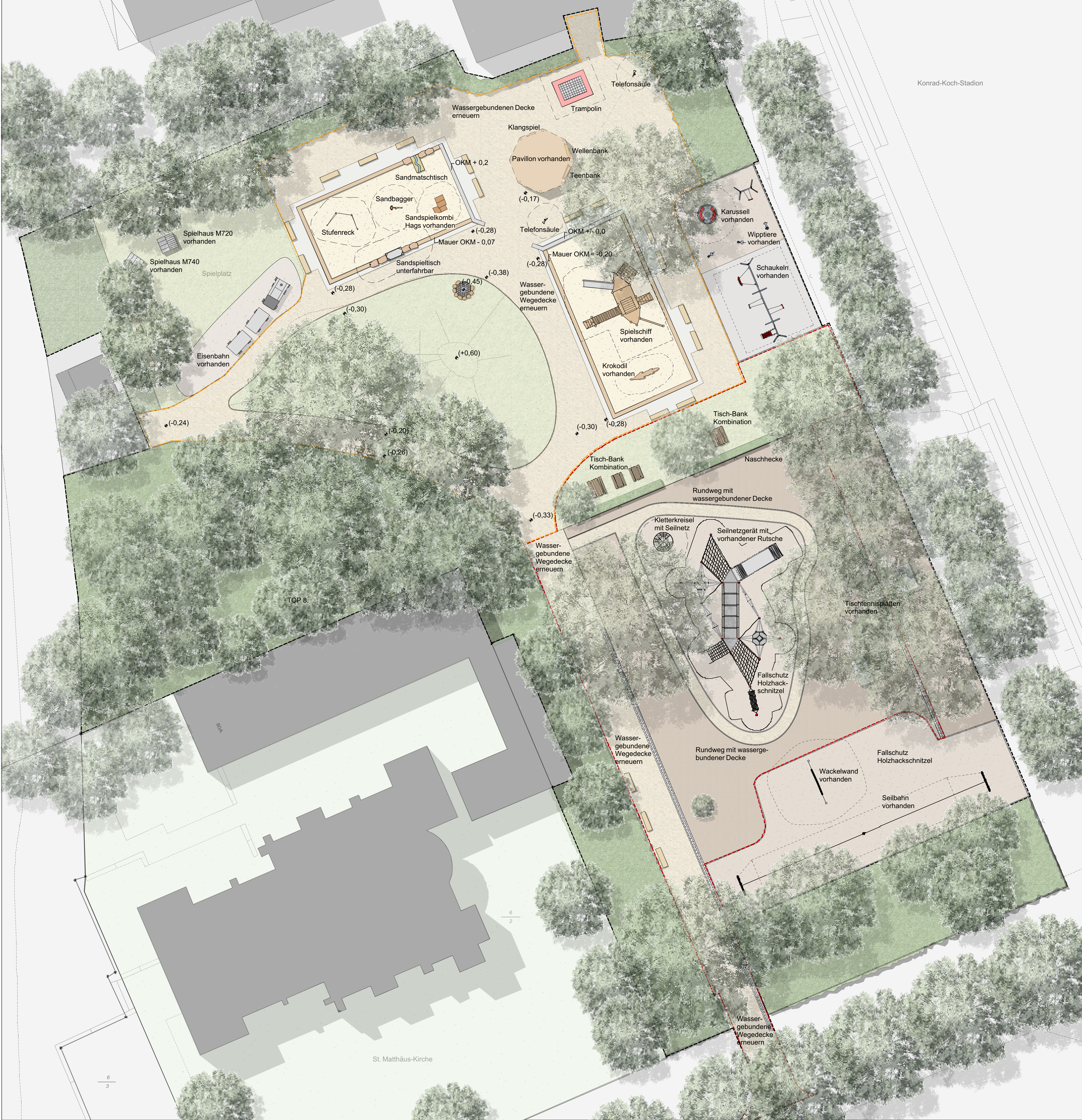
Die Abrechnung der Maßnahme gegenüber dem Zuwendungsgeber Land Niedersachsen muss bis Ende Oktober 2017 erfolgen.

Loose

Anlage/n:

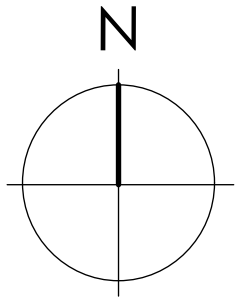
Entwurf

Schnitte und Ansichten



Legende

- Bordstein
8/40 und 8/20 cm
- Dreizellige Rinne
Gossenstein 16x16x14
- Fallschutzsand/Spielsand
- Holzhackschnittzel
- Fallschutzplatten
- Betonplatten 75/50/5 cm
und 50/50/5 cm
- Rumpelpflaster
- Wassergebundene Wegedecke
- Bäume gemäß Baumkataster
Stadt Braunschweig
- Naschhecke
- Rasen
- 75.41
Höhen geplant
- (75.41)
Höhen vorhanden
- Grenze 1. Bauabschnitt
- Grenze 2. Bauabschnitt
- Spielplatzgrenze



BAUVORHABEN: **Spielplatz An der Matthäuskirche,
Braunschweig**

PLAN: **Übersicht Entwurf**

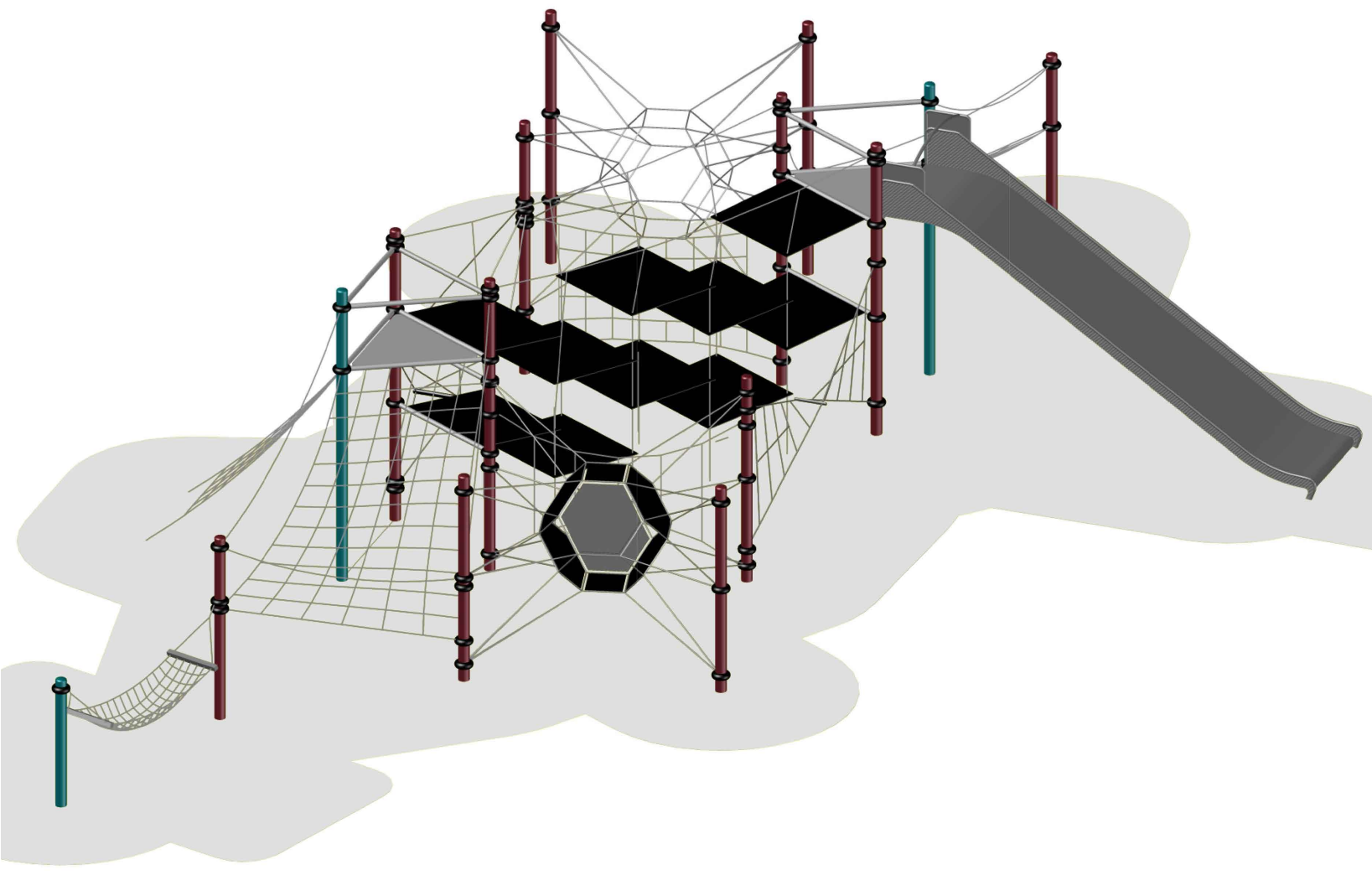
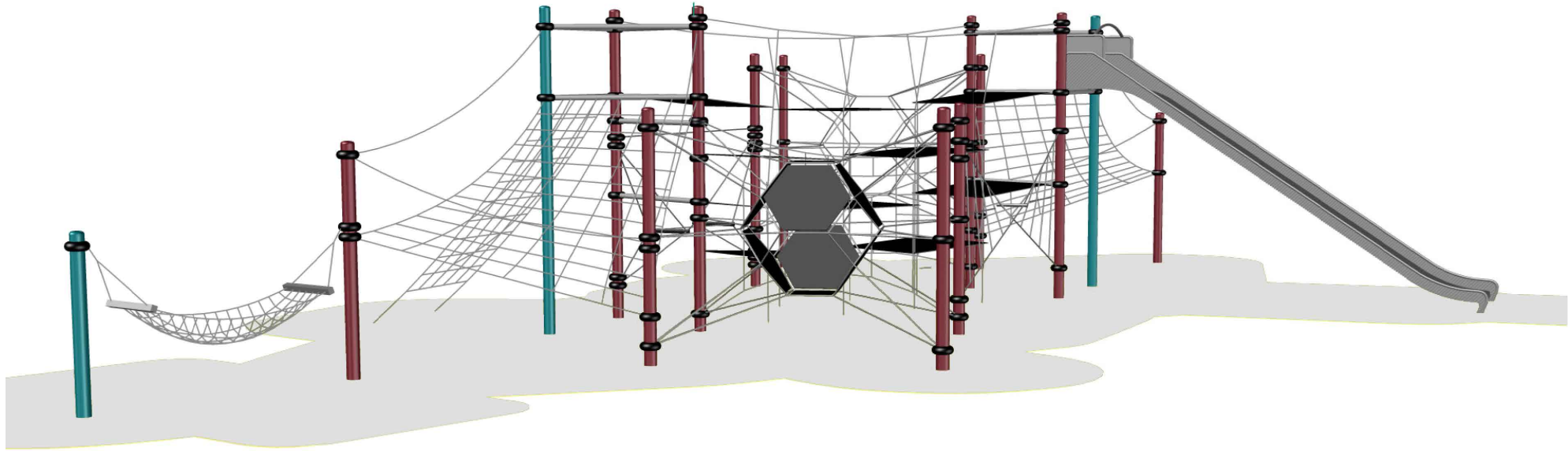
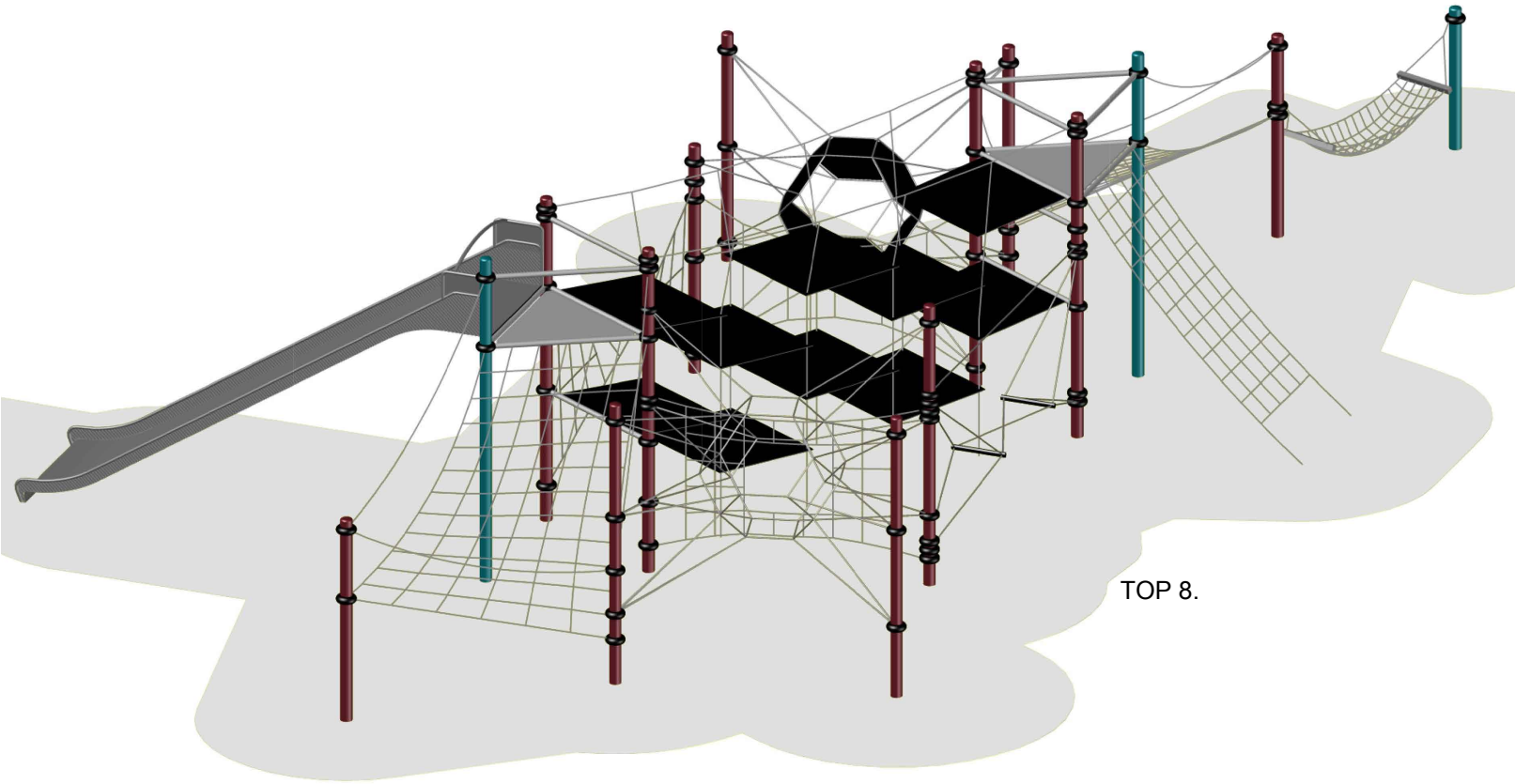
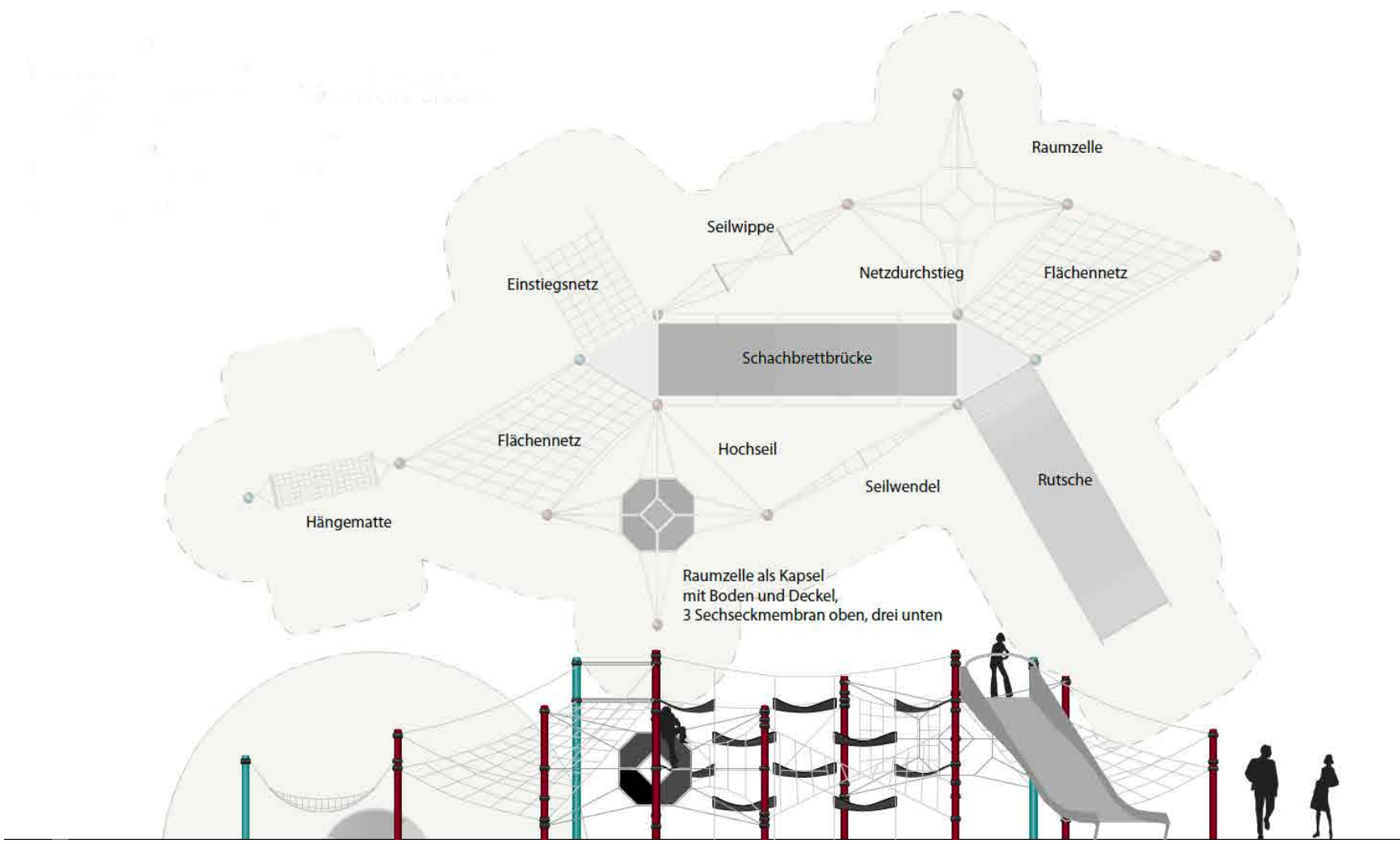
BAUHERR: **Stadt Braunschweig
Fachbereich Stadtgrün und Sport
Auguststraße 9-11
38100 Braunschweig
Tel. 0531-470-4956
Fax 0531-470-4999**

LANDSCHAFTS-
ARCHITEKTIN: **FREI.RAUM
Dipl.-Ing. Sabine Kennedy
Landschaftsarchitektin
Gabelsbergerstr. 16
30163 Hannover
Tel. 0511-940 88 945 Fax. 0511-940 88 947
www.freiraum-kennedy.de**

Plan-Nr.: 266/3.05	Datum: 06.04.2017	Maßstab: 1: 200	gez.: Müller
Plan-Index:		Blattgröße: 610 x 760	gepr.: Kennedy



Schnittansicht Sandspielbereich M 1:100



Schnittansicht Seilnetzgerät M 1:100

Plan: Schnitte und Ansichten
PlanNr.: 266/3.06
Maßstab: 1:100/o.M.
Datum: 06.04.2017

Bauherr:
Stadt Braunschweig
FB Stadtgrün und Sport
 Auguststr. 9-11
 38100 Braunschweig
 Tel. 0531-470-4956
 www.braunschweig.de

Landschaftsarchitektin:
FREI.RAUM
 Dipl.-Ing. Sabine Kennedy
 Landschaftsarchitektin
 Gabelsbergerstr. 16
 30163 Hannover
 Tel. 0511-940 88 945
 www.freiraum-kennedy.de

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirk 120

TOP 10.1

17-04353

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Unfallsschwerpunkte

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

1. Welche Unfallsschwerpunkte gibt es im Stadtbezirk?
2. Wenn ja, welche Ursachen führten hierzu?
3. Mit welchen Maßnahmen bzw. baulichen Veränderungen können diese eventuell verhindert bzw. die Häufigkeit reduziert werden?

Uwe Jordan

Anlage/n:

keine

Betreff:

Polizeistatistik im Stadtbezirk 120

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

15.03.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion im Bezirksrat 120 ersucht die Polizeidirektion Braunschweig um Mitteilung der Deliktstatistik für diesen Bezirk bezüglich des Jahres 2016 bzw. im Vergleich mit Veränderungen zu den Vorjahren. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Unfallstatistik, die Wohnungs- bzw. Autoein- und -aufbrüche, Vandalismus, Überfälle und Körperverletzungen von Interesse.

Vielleicht ist es der Polizeidirektion Braunschweig möglich, diese Statistik in Absprache mit dem Bezirksbürgermeister in einer der nächsten Sitzungen als Kurzreferat vorzustellen.

Begründung:

In den zurückliegenden Sitzungsperioden wurde der Bezirksrat in unregelmäßigen Abständen immer wieder über die Statistik im Bezirk 120 informiert. Dies unterbleibt seit längerer Zeit. Um zu überprüfen, inwiefern sich durch den Bezirksrat initiierte Sicherheitsmaßnahmen, z.B. Straßenausleuchtung, Verkehrsberuhigung, Polleraufstellung etc. in den letzten Jahren bewährt haben, wäre eine entsprechende Statistikmitteilung wünschenswert, um zu überprüfen, ob die Maßnahmen erfolgreich waren oder ob in einzelnen Straßen und Bereichen nachjustiert werden sollte. Beispielsweise galten die Herzogin-Elisabeth-Straße und die Karlstraße über Jahre als besonders gefährdet für Autoaufbrüche.

gez.

Dirk R. Loeben, Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Absender:

**Ingo Schramm - FDP im Stadtbezirksrat
120**

TOP 10.3

17-04290
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Zustand der Begegnungsstätte und der Schießbahn im Stadtpark

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Stadtpark an der Jasperallee ist das Gebäude des Stadtparkrestaurants. Es befindet sich im Keller eine Schießbahn und im Erdgeschoss eine Begegnungsstätte, die vom SoVD betrieben wird und etwas in die Jahre gekommen wirkt.

1. Wird die Schießbahn noch genutzt oder gibt es Pläne für eine Nachnutzung?
2. Wann wird die Begegnungsstätte saniert?

gez.

Ingo Schramm

Anlage/n:

keine

Betreff:

Aufstellungsplan für Bänke im Stadtbezirk

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Flächendeckend aufgestellte Sitzbänke zum Ausruhen sind insbesondere ein Bedürfnis älterer Mitbürger bei Spaziergängen. Das stellt sich im Rahmen der Arbeit im „Arbeitskreis Älterwerden im Stadtbezirk“ immer wieder heraus. U.A. sollen die Standorte der Sitzbänke in einem Stadtplan für Ältere aufgenommen werden. Weiterhin werden insbesondere Bänke in der Grünwaldstr. vermisst.

Wir fragen die Verwaltung

1. Gibt es seitens der Stadt ein Aufstellungsplan von Sitzbänken im östlichen Ringgebiet?
2. Standen in der Vergangenheit Sitzbänke entlang der Grünwaldstraße bis zum Bahngleis?
3. Wenn ja, können diese wiederaufgestellt werden?

Hardy Burgstedt

Anlage/n:

keine

Absender:

**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 120
Östl. Ringgebiet**

TOP 10.5
17-04363
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Verkehrsführung Lortzingstraße/Beethovenstraße, Missachtung der Vorfahrtsregelung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Bei der Ausfahrt aus der Lortzingstraße auf die Beethovenstraße kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen, weil sowohl Kraftfahrzeuge als auch Radfahrer die in Richtung Gliesmaroder Straße unterwegs sind, die Vorfahrt der Verkehrsteilnehmer die aus der von rechts einmündenden Lortzingstraße kommen, missachten. Der Hauptgrund dafür ist, dass die Lortzingstraße zum einen sehr schmal ist und zum anderen durch das Eckwohnhaus in der Beethovenstraße, die Sicht auf diesen Einmündungsbereich sehr schlecht ist. Ortsunkundige Verkehrsteilnehmer bemerken daher oft gar nicht, dass dort eine Straße von rechts einmündet. Zusätzlich wird die Sicht häufig durch im Fünf-Meter-Bereich vor der Einmündung auf der Beethovenstraße verkehrswidrig abgestellte Pkw behindert. Häufig stehen dort sogar zwei Pkw nebeneinander, einer auf der Fahrbahn, ein Weiterer auf dem Grünstreifen. In diesem Fall haben Pkw-Fahrer auf der Beethovenstraße keine Möglichkeit mehr, den aus der Lortzingstraße kommenden Verkehr rechtzeitig wahrzunehmen. Unfälle werden dort regelmäßig nur dadurch verhindert, dass die Verkehrsteilnehmer, die aus der Lortzingstraße kommen, sehr vorsichtig sind und auf ihre Vorfahrt verzichten.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Könnte ein Verkehrszeichen "Rechts-vor-Links" auf der Beethovenstraße die Situation verbessern?
2. Kann die Sicht auf die Straßeneinmündung durch Abpollern des Fünf-Meter-Bereichs verbessert werden, weil dann ev. dort nicht mehr geparkt werden könnte?
3. Sieht die Verwaltung eine andere Möglichkeit, die Situation dort zu verbessern?

gez.:

Peter Strohbach
SPD-Fraktion im Stadtbezirk Östl. Ringgebiet

Anlage/n:

keine

Absender:

**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 120
Östl. Ringgebiet**

TOP 10.6

17-04362
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Abpollerung eines Parkplatzes/Herzogin-Elisabeth-Straße 8

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Vor dem Haus Herzogin-Elisabeth-Straße 8 ist ein Parkplatz abgepollert.

Wir fragen die Verwaltung:

Ist der Grund, aus dem diese drei Poller einst gesetzt wurden, noch gegeben oder können diese jetzt entfernt werden, um den Parkplatz wieder nutzen zu können?

gez.

Peter Strohbach

SPD-Fraktion im Stadtbezirk Östliches Ringgebiet

Anlage/n:

keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 120

TOP 10.7

17-04358

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Gehwegreinigung Hopfengarten

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Gehweg des Garagengrundstückes neben dem Hopfengarten 38 wird seit Jahren nicht gereinigt. Die Hecken in der „Grünanlage“ ragen schon in den Gehweg. In den Wintermonaten ist die Situation besonders schlimm, da auch nicht geräumt wird.

Wir fragen die Verwaltung:

Was kann unternommen werden, damit der Gehweg regelmäßig gereinigt wird?

Susanne Hahn

Anlage/n:

keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 120

TOP 10.8

17-04357

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Rindenmulch in den Baumscheiben

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Warum gibt es nur in bestimmten Straßen wie im Hopfengarten Rindenmulch in den Baumscheiben?

Durch Hunde und die Witterung verschmutzt der Rindenmulch regelmäßig die Gehwege.

Susanne Hahn

Anlage/n:

keine

Betreff:

Verkehrsführung während Baumaßnahme Helmstedter Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Ab Anfang Mai diesen Jahres wird die Helmstedter Straße zwischen Acker- und Schillstraße voll gesperrt.

Der aus Richtung stadtauswärts fließende Verkehr soll über die Ackerstraße und die Salzdahlumer Straße um- bzw. abgeleitet werden.

Diese Umleitung dürfte für Autofahrer, die über die Helmstedter Straße den Norden und Osten Braunschweigs erreichen wollen, jedoch wenig praktikabel sein.

Vielmehr ist zu erwarten, dass diese Autofahrer sich ihren Weg über den Brodweg und die Georg-Westermann-Allee suchen werden.

Weder der Brodweg, noch die Georg-Westermann sind aufgrund ihrer Beschaffenheit und ihrer Lage dafür geeignet, die dann zu erwartenden Verkehrsströme aufnehmen zu können.

Extreme Probleme hinsichtlich Sicherheit und Lebensqualität für Anwohner und Verkehrsteilnehmer wären daher unmittelbar zu erwarten.

Aus diesen Gründen fragen wir die Verwaltung:

- Was will die Verwaltung tun, damit die geschilderte Problematik verhindert werden kann?
- Wäre es möglich, die zugelassene Höchstgeschwindigkeit auf der Georg-Westermann-Allee für die Zeit der Baumaßnahmen auf der Helmstedter Straße auch im Bereich zwischen Brodweg und Herzogin-Elisabeth-Straße auf 30km/h zu begrenzen, um so den Schutz der Kinder, Fußgänger und Radfahrer trotz des höheren Verkehrsaufkommens gewährleisten zu können?
- Wäre es zudem möglich, den Bereich der Georg-Westermann-Allee zwischen Brodweg und Herzogin-Elisabeth-Straße während der Baumaßnahmen nur für Anlieger auszuweisen, damit der Verkehr über die Ebertallee und Kastanienallee fließt und somit die Georg-Westermann-Allee entlastet werden würde?

Nils Bader

Anlage/n: keine